

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
41. Rat 2014-2020  
Sitzungsdatum:  
11.07.2019

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 11.07.2019

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Rat der Stadt Übach-Palenberg**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**Tagesordnung**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.04.2019
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
- 2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 30.10.2018 aus öffentlicher Sitzung
- 2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.11.2018 aus öffentlicher Sitzung
3. Bildung und Einrichtung eines Wahlausschusses
4. Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2018 und Entlastung des Bürgermeisters
5. Mitfinanzierung einer neuen Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt
6. 47. Änderung des Flächennutzungsplanes - Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Weißenhaus -  
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
7. Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus –  
7. Änderung  
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung
8. 55. Änderung des Flächennutzungsplanes - Grünraumvernetzung zwischen Marienberg und Scherpenseel -  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
9. Bebauungsplan Nr. 10 - Ägidiusstraße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB

hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

10. Bebauungsplan Nr. 53 Dionysiusstraße 4. Änderung gem. § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
11. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 11.vereinfachte Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
12. Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 12. Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
13. Bebauungsplan Nr. 80 - Borsigstraße - 2. Änderung gem. § 13 a BauGB  
hier: erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
14. Bebauungsplan Nr. 84 – Daimlerstraße – 1. Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
15. Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
16. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 16.1 gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 29.06.2019 betr. Resolution der Kommunen des Kreises Heinsberg nach Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen; Berücksichtigung der negativen Auswirkungen des globalen Klimawandels bei Entscheidungen der Stadt Übach-Palenberg
- 16.2. Anregung nach § 24 GO NRW der Jusos Kreis Heinsberg vom 17.06.2019 betr. Ausrufen des Klimanotstandes
17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
18. Bericht des Kämmers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
19. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 19.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 30.10.2018 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 19.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.11.2018 aus nichtöffentlicher Sitzung
20. Vertragsangelegenheiten
- 20.1 Gestattungsvertrag über eine 10 kV Leitung zwischen den Gewerbegebieten Weißenhaus und Holthausen-Nord
- 20.2 Erschließungsvertrag für Grundstück Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 16,

Flurstück 1622 In d'r Gang

- 21. Beteiligung der NEW Kommunalholding GmbH an der NEW AG  
hier: Beteiligung der GWG Grevenbroich GmbH an der GWG Kommunal GmbH
- 22. Vergabeangelegenheit
  - 22.1 Vergabe von Sicherheitsdienstleistungen
  - 22.2 Erneuerung der Bestuhlung im Pädagogischen Zentrum
- 23. Bestellung eines Leiters für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Übach-Palenberg
- 24. Erweiterungen zur Tagesordnung
  - 24.1 Aufnahme einer fünfköpfigen iranischen Flüchtlingsfamilie in Übach-Palenberg
- 25. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
  - 25.1 Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus –  
7. Änderung  
hier: Antragsteller im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen	
Herr Wolfgang Bien	UWG	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Herr Bernhard Brade	CDU	
Frau Martina Czervan-Quintana Schmidt	CDU	abwesend während TOP 19.1
Herr Dr. Sascha Derichs	SPD	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	
Herr Herbert Görtz	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP-USPD	
Herr Walter Junker	CDU	
Herr Lars Kohnen	CDU	
Herr Robert Kohnen	CDU	
Herr Frank Kozian	B'90/Die Grünen	
Herr Rene Langa	CDU	
Herr Dietmar Lux	CDU	
Herr Herbert Mlaker	FDP-USPD	
Herr Johannes Nievelstein	CDU	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Herr Alf Ingo Pickartz	SPD	
Herr Heinrich Schmalen	SPD	
Herr Gerd Streichert	SPD	

Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Artur Wörthmann	CDU
Herr Hubert Wynands	CDU

#### **Abwesende Stadtverordnete**

Herr Tim Böven	SPD
Frau Claudia Burghardt	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen

#### **Bürgermeister**

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch

#### **Verwaltungsbedienstete**

Herr Kämmerer Björn Beeck  
Herr Stadtoberrechtsrat Marius Claßen  
Herr Stadtoberinspektor Thomas de Jong  
Frau Stadtamtsrätin Maike Heinen  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Thomas Schröder  
Herr Stadtverwaltungsrat Herbert Söhnen  
Herr Technischer Angestellter Peter Steingass  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek

#### **Schriftführerin**

Frau Stadtamtsrätin Kerstin Feiter

**Bürgermeister Jungnitsch** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse und die Zuschauer.

Insbesondere begrüßte er die Inhaber des Music Clubs Outbaix 2.0, Wilfried Schüller und Michael Kerres, die dem Rat der Stadt Übach-Palenberg für seine Unterstützung beim Wiederaufbau des Musik Clubs dankten und hierfür ein handgefertigtes Bild überreichten.

**Bürgermeister Jungnitsch** verwies auf die vorgeschlagenen Erweiterungen der Tagesordnung und ließ hierüber abstimmen:

#### **Beschluss:**

1. Die Tagesordnung wird um Punkt 16.2 „Anregung nach § 24 GO NRW der Jusos Kreis Heinsberg vom 17.06.2019 betr. Ausrufen des Klimanotstandes“ erweitert.
2. Die Tagesordnung wird um Punkt 24.1 „Aufnahme einer fünfköpfigen iranischen Flüchtlingsfamilie in Übach-Palenberg“ erweitert.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

*Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO nicht an der Abstimmung.*

Die **SPD-Fraktion** bat darum, die Tagesordnungspunkte 16.1 und 16.2 inhaltlich zusammen zu diskutieren. Hiermit erklärten sich alle Fraktionen einverstanden.

Darüber hinaus erklärte die **SPD-Fraktion**, dass sie am Ende der öffentlichen Sitzung 1 Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Die **Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen** erklärte, dass sie am Ende der nichtöffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

#### **A) Öffentliche Sitzung**

##### **1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 10.04.2019**

---

###### **Beschluss:**

**Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 10.04.2019 wird genehmigt.**

###### **Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

##### **2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung**

---

###### **2.1 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 30.10.2018 aus öffentlicher Sitzung**

---

**Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 30.10.2018 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.**

###### **2.2 Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.11.2018 aus öffentlicher Sitzung**

---

**Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 28.11.2018 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.**

##### **3. Bildung und Einrichtung eines Wahlausschusses**

---

Seitens der Ratsmitglieder wurde ein einheitlicher Wahlvorschlag zur Besetzung des Wahlausschusses vorgelegt, den **Bürgermeister Jungnitsch** zur Abstimmung stellte.

**Beschluss:**

1. Die Anzahl der Mitglieder für den Wahlausschuss der Stadt Übach-Palenberg wird neben dem Vorsitzenden auf 10 festgelegt.
2. Folgender einheitliche Wahlvorschlag zur Besetzung des Wahlausschusses der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen:

Mitglied	Fraktion	persönlicher Vertreter	Fraktion
Fibus, Herbert	SPD	Schmalen, Heinrich	SPD
Fröschen, Peter	CDU	Lux, Dietmar	CDU
Gerschel, Paul Josef	SPD	Bildhauer, Sven	SPD
Gudduschat, Gerhard	CDU	Kohnen, Lars	CDU
Gudduschat, Wolfgang	FDP-USPD	Mlaker, Herbert	FDP-USPD
Junker, Walter	CDU	Kohnen, Robert	CDU
Overländer, Hans-Georg	SPD	Streichert, Gerd	SPD
Rißmayer, Rainer	B90/Die Grünen	Appelrath, Brigitte	B90/Die Grünen
Walther, Oliver	CDU	Wörthmann, Artur	CDU
Weinhold, Corinna	UWG	Bien, Wolfgang	UWG

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

*Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich gem. § 40 Absatz 2 Satz 6 GO nicht an der Abstimmung.*

4. **Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Übach-Palenberg für das Haushaltsjahr 2018 und Entlastung des Bürgermeisters**

---

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Jahresabschluss 2018 incl. des beigefügten Lageberichts für das Haushaltsjahr 2018 wird in der als Anlage zu dieser Sitzungsvorlage bestehenden Form vom Rat gem. § 96 GO NRW festgestellt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Der ausgewiesene Jahresüberschuss in Höhe von 6.243.815,78 € wird in Höhe des gem. § 75 Abs. 3 GO NRW höchstzulässigen Betrages der Ausgleichrücklage zugeführt. Der verbleibende Betrag wird der allgemeinen Rücklage zugeführt, welche sich positiv darstellt.
3. Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

*Bürgermeister Jungnitsch beteiligte sich nicht an der Abstimmung zu Nr. 3.*

**5. Mitfinanzierung einer neuen Kindertagesstätte der Arbeiterwohlfahrt**

---

**Beschluss:**

Die Stadt Übach-Palenberg übernimmt unbefristet die Refinanzierung des Trägeranteils und eine Verwaltungskostenpauschale analog der in § 2 des bestehenden Vertragsverhältnisses (siehe Anlage) getroffenen Regelungen zur Erweiterung des Kita-Angebotes der Arbeiterwohlfahrt im Stadtgebiet (Carlstr. 6a) (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten). Die Kosten belaufen sich auf derzeit ca. 98.739,38€ pro Kindergartenjahr.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**6. 47. Änderung des Flächennutzungsplanes - Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Weißenhaus -  
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden  
und Anordnung der öffentlichen Auslegung**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** wies darauf hin, dass in der unter Punkt 2 der Beschlussempfehlung aufgeführten Abwägungstabelle unter Nr. 3 „Erftverband“ der Abwägungsvorschlag fehle. Dieser laute „Die Stellungnahme wird berücksichtigt“. Er werde diesen Abwägungsvorschlag bei der Abstimmung entsprechend berücksichtigen.

**Beschluss:**

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der frühzeitigen Beteiligung keine Stellungnahmen abgegeben wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. Die Abwägungstabelle wird unter Nr. 3 Erftverband um den Abwägungsvorschlag „Die Stellungnahme wird berücksichtigt.“ ergänzt (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der Planentwurf zur 47. Änderung des Flächennutzungsplanes – Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Weißenhaus - wird beschlossen (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 47. Änderung des Flächennutzungsplanes – Erweiterung des Gewerbe- und Industriegebietes Weißenhaus - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

*(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in der Abwägungstabelle jeweils einzeln abgestimmt)*

7. **Bebauungsplan Nr. 56.2 - Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - 7. Änderung hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und Anordnung der öffentlichen Auslegung**
- 

**Bürgermeister Jungnitsch** wies darauf hin, dass in der unter Punkt 2 der Beschlussempfehlung aufgeführten Abwägungstabelle unter Nr. 1 der Abwägungsvorschlag fehle. Dieser laute „Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt“. Er werde diesen Abwägungsvorschlag bei der Abstimmung entsprechend berücksichtigen.

Weiterhin wies er auf die in den Sitzungen des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung und des Haupt- und Finanzausschusses geänderte Beschlussempfehlung hin, wonach der Entwurf der textlichen Festsetzung (Anlage Nr. 3 der Sitzungsvorlage) zum Annex-Handel im Gewerbe- und Industriegebiet um die Formulierung „Auch vom Annex-Handel ausgeschlossen ist der Einzelhandel mit Kfz und Lkw“ ergänzt worden sei und stellte diese Änderung mit zur Abstimmung.

**Beschluss:**

1. **Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
2. **Über die von der Öffentlichkeit eingegangene Stellungnahme wird entsprechend der Abwägungstabelle (siehe Anlage) entschieden. Die Abwägungstabelle wird unter Nr. 1 um den Abwägungsvorschlag „Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt“ ergänzt (die Abwägungstabelle ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
3. **Der Planentwurf zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.2 – Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - wird mit der Änderung beschlossen, dass die textlichen Festsetzungen zum Annex-Handel im Gewerbe- und Industriegebiet um die Formulierung „Auch vom Annex-Handel ausgeschlossen ist Einzelhandel mit Kfz und LKW“ ergänzt wird (der Planentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten). Vor der öffentlichen Auslegung können sich noch Änderungen am Plankonzept ergeben**

4. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB zur 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 56.2 – Gewerbe- und Industriegebiet Weißenhaus - wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

*(über die eingegangenen Stellungnahmen zu Punkt 1 und 2 der vorliegenden Beschlussempfehlung wurde entsprechend der Abwägungsvorschläge in den Abwägungstabellen jeweils einzeln abgestimmt)*

8. **55. Änderung des Flächennutzungsplanes - Grünraumvernetzung zwischen Marienberg und Scherpenseel -  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung**
- 

**Beschluss:**

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 55. Änderung des Flächennutzungsplanes – Grünraumvernetzung zwischen Marienberg und Scherpenseel – aufgestellt (der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

9. **Bebauungsplan Nr. 10 - Ägidiusstraße - 1. Änderung gem. § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

**Beschluss:**

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 10 – Ägidiusstraße - wird gefasst.

**Umfang der Änderungen:**

**Änderung der Art der baulichen Nutzung einer Grünfläche in Reines Wohngebiet**

**Rücknahme einer Fläche für Versorgungsanlagen (Umformerstation)**

**Betroffene Flurstücke:**

**Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 63, Flurstück 2516**

- 2. Der Entwurf der 1. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 10 – Ägidiusstraße - wird beschlossen (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

- 10. Bebauungsplan Nr. 53 Dionysiusstraße 4. Änderung gem. § 13 a BauGB hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

**Beschluss:**

- 1. Der Aufstellungsbeschluss zur 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 53 Dionysiusstraße wird gefasst.**

**Umfang der Änderungen:**

**Einbeziehung eines Grundstücks in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes**

**Festsetzung Art und Maß der baulichen Nutzung**

**Erweiterung einer Mischverkehrsfläche**

**Betroffene Flurstücke:**

**Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 16, Flurstücke Flurstücksnummern 1789, 1822**

- 2. Der Entwurf der 4. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr. 53 Dionysiusstraße wird beschlossen (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**
- 3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

**11. Bebauungsplan Nr. 54 - Holthausen-Süd - 11.vereinfachte Änderung  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** wies auf die geänderte Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung und des Haupt- und Finanzausschusses hin, wonach der Umfang der Änderungen um die Begriffe „Balkone“ und „Altanen“ reduziert worden sei, um eine Überschreitung der hinteren Baugrenze im Obergeschoss zu verhindern.

**Bürgermeister Jungnitsch** stellte klar, dass mit den geplanten Änderungen Terrassenüberdachungen und Wintergärten im Erdgeschossbereich ausdrücklich erlaubt seien.

**Beschluss:**

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 11. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Nr. 54 – Holthausen-Süd - wird gefasst.

**Umfang der Änderungen:**

**Ergänzung der textlichen Festsetzung zur Überschreitung der hinteren Baugrenze mit Terrassenüberdachungen und Wintergärten**

**Betroffene Flurstücke:**

**Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 3, Flurstück 813, 814, 815, 816**

2. Der Entwurf der 11. vereinfachten Änderung wird mit der Änderung beschlossen, dass in den textlichen Festsetzungen die Begriffe „Balkone“ und „Altane“ gestrichen werden (der Entwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

**12. Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - 12. Änderung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB  
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** wies darauf hin, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Ordnung am 03.07.2019 angeregt wurde, eine Absenkung der zulässigen Traufhöhe sowie eine Bepflanzung angrenzend an den Bereich Biergärten zu überdenken.

**Beschluss:**

1. Der Bebauungsplan Nr. 75 - Rathausplatz - wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a BauGB geändert.

**Umfang der Änderungen:**

Einziehung einer Verkehrsfläche auf dem Rathausplatz und Ausweisung eines Kerngebietes (MK) zwecks Erweiterung des vorhandenen Gebäudes mit dem Nutzungszweck Gaststätte/Biergarten.

2. Der Änderungsentwurf wird beschlossen (der Änderungsentwurf ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

zu 1: Einstimmig bei 3 Enthaltungen

zu 2: Einstimmig bei 3 Enthaltungen

zu 3: Einstimmig

13. **Bebauungsplan Nr. 80 - Borsigstraße - 2. Änderung gem. § 13 a BauGB hier: erneuter Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

Der Stadtverordnete Görtz erklärte sich für befangen und nahm während des Tagesordnungspunktes im Zuhörerbereich Platz.

**Beschluss:**

1. Der Bebauungsplan Nr. 80 – Borsigstraße – wird gem. § 13 a BauGB geändert.

**Umfang der Änderungen:**

Die Festsetzung „Bereich ohne Ein- und Ausfahrten“ entlang der Roermonder Straße wird teilweise aufgehoben.

Die Fläche mit Pflanzgebot darf für die Anlage jeweils einer Zufahrt pro Grundstück unterbrochen werden.

Vergrößerung der überbaubaren Flächen

**Betroffene Flurstücke:**

Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 15, Flurstücke Flurstücksnummern 1255, 1347, 1353, 1361, 1426, 1434

2. Das Plankonzept zur 2. Änderung gem. § 13 a BauGB des Bebauungsplanes Nr.

**80 – Borsigstraße – wird beschlossen (das Plankonzept ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).**

3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

14. **Bebauungsplan Nr. 84 – Daimlerstraße – 1. Änderung**  
**Hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

**Beschluss:**

1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 84 - Daimlerstraße – aufgestellt (der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form eines Planaushangs von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Jeweils einstimmig**

15. **Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB**  
**hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens**
- 

Die **SPD-Fraktion** erklärte, den Anschluss an die Bestandsbebauung begrüße sie grundsätzlich. Sie mache ihre Zustimmung zur vorliegenden Beschlussempfehlung jedoch von dem Erlass einer verpflichtenden Gestaltungssatzung, die insbesondere einen ökologischen Rahmen vorgebe, abhängig.

Die **CDU-Fraktion** sagte zu, gemeinsam eine entsprechende Gestaltungssatzung zu erarbeiten soweit die SPD-Fraktion heute der vorliegenden Beschlussempfehlung zustimmen werde.

Die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** äußerte ihre Sorge, dass der ursprüngliche große Entwurf Wohngebiet Mariental nun scheinbarweise umgesetzt werde. Insofern werde

sie gegen die vorliegende Beschlussempfehlung stimmen.

**Beschluss:**

1. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB wird gefasst.
2. Das Plankonzept zum Bebauungsplan Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB wird beschlossen.
3. Die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 128 - Marienhöhe - im beschleunigten Verfahren gem. § 13 b BauGB wird angeordnet. Parallel wird die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

zu 1: 26 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

zu 2: 26 Ja-Stimmen  
2 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen

zu 3: Einstimmig

**16. Erweiterungen zur Tagesordnung**

---

- 16.1 **gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 29.06.2019 betr. Resolution der Kommunen des Kreises Heinsberg nach Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen; Berücksichtigung der negativen Auswirkungen des globalen Klimawandels bei Entscheidungen der Stadt Übach-Palenberg**
- 

Wie vor Einstieg in die Tagesordnung beschlossen, wurden der „gemeinsame Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU-Fraktion gem. § 4 GeschO vom 29.06.2019 betr. Resolution der Kommunen des Kreises Heinsberg nach Ausrufung des Klimanotstandes unterstützen; Berücksichtigung der negativen Auswirkungen des globalen Klimawandels bei Entscheidungen der Stadt Übach-Palenberg“ sowie die „Anregung nach § 24 GO NRW der Jusos Kreis Heinsberg vom 17.06.2019 betr. Ausrufen des Klimanotstandes“ zusammen diskutiert,

**Fraktionsübergreifend** bestand grundsätzlich Einigkeit, sich für den Klimaschutz einzusetzen und entsprechende Maßnahmen unterstützen zu wollen. Allerdings äußerten sich sowohl **Bürgermeister Jungnitsch** als auch die **Fraktionen von CDU und UWG** kritisch zur Begrifflichkeit des Klimanotstandes.

Darüber hinaus erklärte **Bürgermeister Jungnitsch**, für die Verwaltung sei es personell

kaum umsetzbar, zweimal jährlich eine ausführliche Sitzungsvorlage auszuarbeiten und verwies hierbei auf die Beschlussempfehlung des gemeinsamen Antrages von Bündnis 90/ Die Grünen und CDU im Fachausschuss im Frühjahr und im Herbst jährlich den Tagesordnungspunkt „Projekte Klimaschutz“ auf die Agenda setzen und behandeln zu wollen.

Die **SPD-Fraktion** erklärte, sie begrüße und unterstütze sowohl den vorliegenden Antrag als auch die Anregung der Jusos Kreis Heinsberg. Die Begrifflichkeit des „Notstandes“ sehe sie nicht kritisch. Vielmehr sehe sie hierin eine positive politische Bewegung der Jugendlichen.

Die **UWG-Fraktion** wies darauf hin, dass in Übach-Palenberg bereits viel für den Klimaschutz getan worden sei. Sie werde selbstverständlich auch weitere konkrete Maßnahmen unterstützen, soweit es sich nicht um bloße Worthülsen und symbolische Akte handle.

Auf Wunsch der Fraktionen unterbrach **Bürgermeister Jungnitsch** für 5 Minuten die Sitzung.

Im Anschluss erklärten die **Fraktionen aus CDU und Bündnis 90/ Die Grünen**, sie wollen daran festhalten, im Fachausschuss zweimal jährlich den Tagesordnungspunkt „Projekte Klimaschutz“ auf die Agenda setzen und behandeln zu wollen. Allerdings werden aufgrund der Ausführungen von Bürgermeister Jungnitsch hierzu keine schriftlichen Vorlagen der Verwaltung eingefordert.

Vor diesem Hintergrund stellte **Bürgermeister Jungnitsch** den gemeinsamen Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

### **Beschluss:**

1. **Der Rat der Stadt Übach-Palenberg bekennt sich zu den Klimazielen der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union.**
2. **Der Rat der Stadt Übach-Palenberg erkennt damit die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als Aufgabe höchster Priorität an.**
3. **Der Rat der Stadt Übach-Palenberg erklärt seinen Willen, die Stadt ganzheitlich klimagerecht zu entwickeln. Klimaschutz führt zu mehr Lebensqualität.**
4. **Die Stadt Übach-Palenberg unterstützt den Kreis Heinsberg sowie seine Kommunen nach Ausrufung des Klimanotstandes im Rahmen ihrer Möglichkeiten.**
5. **Die Stadt Übach-Palenberg wird die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen davon betroffenen Entscheidungen berücksichtigen und möglichst jene Entscheidungen prioritär behandeln, welche den Klimawandel oder dessen Folgen abschwächen.**
6. **Der Rat der Stadt Übach-Palenberg setzt auf tatsächlich wirksame und zielführende Maßnahmen. Er setzt darauf, Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung einer breiten Öffentlichkeit näher zu bringen und Menschen zum Mitmachen zu bewegen. Gleichzeitig lehnt er bloße Symbolpolitik, Bevormundung und den Auswuchs von weiterer Bürokratie ab.**
7. **Im Fachausschuss wird im Frühjahr und Herbst jährlich ein Tagesordnungspunkt „Projekte Klimaschutz“ auf die Agenda gesetzt und behandelt. Hier wer-**

den Projekte der Verwaltung und Anregungen der Politik unter dem Motto „vermeiden, reduzieren und kompensieren“ (z.B. Verkehr, Heizung, Strom, Energieeinsparung, Anregungen ÖPNV, E-Mobilität// Ladesäulen, neue „Blühstreifen“, verbesserte Gestaltung Straßenbegleitgrün/ Kreisverkehre u. a.) diskutiert und nachfolgend Ergebnisse vorgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**16.2 Anregung nach § 24 GO NRW der Jusos Kreis Heinsberg vom 17.06.2019 betr. Ausrufen des Klimanotstandes**

---

**Beschluss:**

**Die Anregung wird zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

**17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

Seitens der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass sie beim zweiten Aufruf für WiFi4EU nicht berücksichtigt worden sei und nun für den dritten Aufruf erneut einen entsprechenden Antrag stellen werde.

**18. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg**

---

Die Sitzungsunterlagen wurden zur Kenntnis genommen. Wortmeldungen hierzu ergaben sich nicht.

**Anfrage**

---

**Anfrage der SPD-Fraktion:**

Auf Nachfrage der **SPD-Fraktion** verwies die Verwaltung auf ihr Schreiben vom 03.06.2019 an den Rat der Stadt Übach-Palenberg betr. Teilhabechancengesetz, in dem die Stellungnahme der Bezirksregierung wiedergegeben werde, dass für Übach-Palenberg die Abbildung im Personalentwicklungskonzept (PEK) 2012 - 2021 so nicht möglich sei. Dies sei auch nach Rückfrage seitens der Bezirksregierung nochmals bekräftigt worden.

**Bürgermeister Jungnitsch** schloss um 19.47 Uhr die öffentliche Sitzung und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 20.05 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch  
Bürgermeister

Feiter  
Schriftführerin